

# FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,  
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 11  
Dezember 2020

## Syrien

### Christen und Jesiden in Nordsyrien in großer Not Aufruf zur Weihnachtspakete-Aktion

„Soviel Armut habe ich selten gesehen“, Anruf von IGFM-Mitarbeiter Khalil Al-Rasho, während seines Besuchs von Flüchtlingen am 1.11.2020 in Qamishli in Nordsyrien.

Das Stadtbild Qamishlis, 1926 nach dem Völkermord des Osmanischen Reichs von aramäischen und assyrischen Flüchtlingen in Nordsyrien an der Grenze zur Türkei gegründet, ist auch heute noch geprägt von Kirchen und christlichen Schulen. Schätzungen zufolge machen die Christen noch etwa 20 – 30% der Bevölkerung in dem Distrikt Hasaka im Dreiländereck Türkei-Syrien-Irak aus. Der IS hatte am 5. Februar 2015 30 syrische christliche Dörfer überfallen. Dabei stand die Türkei durch Öffnung eines Staudamms Pate. Dadurch mussten 3.200 christliche Familien entlang des Flusses Churbur ihre Häuser verlassen und fliehen. Nach schweren Bombenanschlägen durch von der Türkei ausgerüsteten Dihadisten 2016 und dem Einmarsch türkischer Truppen im Norden Syriens 2019 ist Qamishli Zufluchtort vieler Flüchtlinge geworden.



Khalil Al-Rasho beim syrisch-orthodoxen Bischof Morits Hamsikh in Al-Hasaka Bildrechte IGFM

Khalil Al-Rasho war am 30. Oktober 2020 nach seinem Einsatz im Irak auf dem Landweg nach Syrien eingereist. Während der Jahresversammlung im März baten uns Vertreter christlicher syrischer Flüchtlinge aus Qamishli um Hilfe. Die Welt schaue auf die Flüchtlinge im Westen Syriens, aber die christlichen Flüchtlinge im Distrikt Hasaka im Osten seien weitgehend unversorgt. Bereits im September hatte die IGFM einen Container mit Hilfsgütern für Flüchtlinge und zur Ausstattung einer Poliklinik per Seefracht über den Libanon geschickt. Al-Rasho sprach in Al-Hasaka, der Hauptstadt des Distrikts,

mit dem syrisch-orthodoxen Bischof Morits Hamsikh.

Durch den seit 2011 herrschenden Bürgerkrieg in Syrien ist aus der einst blühenden Stadt ein Armenhaus geworden. Soweit Flüchtlinge nicht durch Verwandte im Ausland unterstützt werden, leben sie in akutem Notstand. Aber auch der einheimischen Bevölkerung gehe es nicht gut: Löhne z.B. für Lehrer seien von umgerechnet 500 € auf unter 20 €, für Richter von 1.400 € auf 70 € gesunken. Die meisten Geschäfte, die der Christen erkennbar an den blauen Fronttüren, seien geschlossen, so Bischof Morits.

Fast alle christlichen und jesidischen Flüchtlinge gaben an, Syrien wegen mangelnder Sicherheit verlassen zu wollen. Man lebe jeden Tag mit der Angst vor Anschlägen, insbesondere vor Selbstmordattentaten. Man dürfe nicht vergessen, dass ca. 70.000 Anhänger des IS im Gefangenenlager Al-Hol in Nordsyrien in der Nähe der irakischen Grenze ihr eigenes Regime unterhielten. Der IS sei nicht besiegt. Es gebe reiche muslimische Kaufleute, die Extremisten in Al-Hol finanziell unterstützten, damit sie das Lager legal verlassen könnten, um Anschläge zu verüben und so die Lage weiter zu destabilisieren.

Man sehe zwar überall in der Stadt Zeichen christlichen und früheren jüdischen Lebens, aber Juden gebe es keine mehr in Qamishli, sagte Bischof Morits.

Auf die Frage, ob und wie sie in diesem Jahr Weihnachten feiern werden, erfuhr Al-Rasho von Flüchtlingen: „Wir werden versuchen, in die Kirche zu gehen, jedoch es ist traurig, dass wir unsere Tische und Bäume wegen fehlender Sicherheit nicht schmücken können. Weihnachtsschmuck ist eine Einladung für islamistische Gewalt.“ Auch wegen Corona könnten keine größeren Versammlungen stattfinden.

In den ersten zwei Tagen hatte Al-Rasho auf Empfehlung des Bischofs 300 Familien besucht, 150 syrisch-orthodoxe Christen, 75 Muslime und 75 Jesiden - zur Hälfte Flüchtlinge und arme ansässige Familien. Jede Familie erhielt ein Lebensmittelpaket und ein Paket mit Hygiene-Artikeln. Die Lebensmittel würden für 14 bis 20 Tage reichen, so die Einschätzung der Beschenkten selbst. Alle waren unendlich dankbar, dass jemand den Weg bis in den Osten Syriens gefunden hat, um zu helfen.

Mit unserer diesjährigen Weihnachtspakete-Aktion wollen wir den Ärmsten der Flüchtlinge eine besondere Freude machen. 1000 Pakete sollen es werden. Der Inhalt der Pakete, den wir vor Ort in Qamishli einkaufen, hat einen Gegenwert von etwa 17 – 20 €. Wir möchten 5 € für den Kauf von Medikamenten dazu geben. 3 € pro Paket veranschlagen wir für Lohn und Fahrtkosten der Überbringer, die die Übergabe protokollieren müssen, 2 € für die Organisation. Ein Paket kostet demnach 30 €. Bitte unterstützen Sie diese Aktion. Gerne verteilen wir auch mehrere Pakete in Ihrem Namen.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Weihnachtsaktion (91)**

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

Wenn wir die Ereignisse dieses Jahres anhand der Berichte in unseren Mitteilungen „Für die Menschenrechte“ Revue passieren lassen, erinnern wir uns an: Aktionen und Hilfe für die politischen Gefangenen im Iran und in Kuba, für die Demokratiebewegung in Hongkong und in Weißrussland; Öffentlichkeitsarbeit und humanitäre Hilfen für Flüchtlinge sowie für verfolgte oder benachteiligte Minderheiten wie Christen und Jesiden in der Türkei, in Syrien, im Irak, in Nigeria, in Pakistan und Ägypten; Unterstützung von Bildungsprojekten in Ecuador, Guatemala, Rumänien, Irak und Pakistan; Menschenrechte schützende Initiativen wie die Beobachtung von Gerichtsverfahren in der Ukraine und andere Projekte. Bis Ende Oktober (Stand der Auswertung 2.11.2020) haben wir dank Ihrer Spenden diese Initiativen mit fast 600.000 € unterstützen können. Für dieses große Vertrauen danken wir Ihnen sehr und bauen auf Sie, dass wir auch in der Zukunft in diesem Umfang helfen können.

Unsere Botschaft für 2021: Die Achtung der Menschenrechte ist der Schlüssel zu Frieden in Freiheit!

Unser Vorstand und die Mitarbeiter wünschen Ihnen eine sinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes Neues Jahr!

Herzlichst  
Das Redaktionsteam  
Karl Hafen und Michael Leh



## Ein nützliches Weihnachtsgeschenk

Die IGFM unterstützt seit vielen Jahren Schulprojekte – unter anderem in Guatemala, Pakistan, Irak, Rumänien, und Ecuador.



Kinder einer Dorfschule in Guatemala mit von der IGFM gespendeten Büchern

Wir helfen Kindern aus armen Familien z. B. mit Büchern, Schulkleidung und Schreibmaterial.

Jetzt steht Weihnachten vor der Tür. Wir möchten den Kindern auch in diesem Jahr eine besondere Freude mit einem nützlichen Geschenk machen.

Der materielle Wert ist dabei nicht von Bedeutung. Es muss nur von Herzen kommen und den Kindern einen Moment des Glücks bescheren. Unsere lokalen

Partner werden die Geschenke in einer Weihnachtsfeier, wo dies möglich ist, oder zu Beginn der Schule nach den Weihnachtsferien überreichen. Bitte helfen sie mit.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Bildung (59)**

### Dankschreiben, die wir gerne an Sie weiterreichen:

Liebe Freunde und Menschenrechtsaktivisten,

mit Ihrer Liebe und Fürsorge bin ich in den Hafturlaub nach Hause zurückgekehrt, um meine Behandlungen fortzusetzen. Jeden Tag, den ich außerhalb des Gefängnisses verbringe, warte ich auf die Nachricht von der Freilassung aller politischen Gefangenen. Ich möchte mich bei allen nationalen und internationalen Organisationen im Iran und im Ausland, bei Anwaltskammern in verschiedenen Ländern, bei Menschenrechtsorganisationen sowie bei verschiedenen Personen wie Künstlern, Schriftstellern, Politikern, Bürgerrechtlern und Menschenrechtsverteidigern, Nachrichtenagenturen und meinen lieben Kollegen auf der ganzen Welt bedanken. Aufgrund Ihrer Liebe und Unterstützung können politische Gefangene das Gefängnis ertragen. Ich hoffe auf die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Nasrin Sotoudeh, 7.11.2020

Die Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh war 2019 zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt worden. Nach ihrem Hungerstreik hatte sich ihr Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert, unter anderem leidet die 57-Jährige an Herz- und Atembeschwerden. Nasrin Sotoudeh wurde mit dem Alternativen Nobelpreis, dem Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes und dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlamentes ausgezeichnet. Seit 2016 ist sie Mitglied des Kuratoriums der IGFM.

Liebe Freunde!

Die ukrainische Gesellschaft befindet sich im Übergang. Dies ist eine schwierige Zeit, die alle Lebensbereiche der Nation betrifft, einschließlich der Justiz. In solchen Zeiten ist es wichtig, gute Freunde zu haben, die bereit sind, sie bei solchen Bemühungen zu unterstützen. Ihre Hilfe bei unserer Gerichtsüberwachung ist ein Akt solcher Freundschaft. Mit Ihrer Unterstützung haben wir in den letzten Jahren bereits viel erreicht. Vielen Dank, dass Sie dies ermöglicht haben! Ich bin sicher, dass wir gemeinsam weiterhin zur künftigen Entwicklung der Ukraine und Europas insgesamt beitragen werden. Vielen Dank und eine schöne Weihnachtszeit!

Anton Alekseyev, Kiew, 9.11.2020, Geschäftsführer der IGFM-Sektion Ukraine

Liebe Freunde der Menschenrechte, liebe Helfer und Unterstützer,

Am 8. November 2020 ist der Hilfstransport der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich in Kupiskis in Nordlitauen angekommen. In Litauen leben zwei Drittel der Menschen in Not, die Corona-Pandemie macht arme Leute noch ärmer, viele verlieren das einzige Einkommen und haben keine Hoffnung für die Zukunft. Junge Leute verlassen ihre Heimat.

Ihre Hilfe, Unterstützung und unermüdliche ehrenamtliche Arbeit ist für die hilfsbedürftigen Menschen in Litauen überlebensnotwendig. Wir sorgen persönlich dafür, dass die Hilfe auch da ankommt, wo sie dringend benötigt wird. Danke Ihnen allen für die Solidarität, Gott beschütze Euch.

Jurgita Samoskiene, Vorsitzende der IGFM-Sektion Litauen

**Unsere Weihnachtsbotschaft 2021:  
Die Achtung der Menschenrechte ist der Schlüssel zu Frieden in Freiheit!**

## Keine Arbeit, kein Geld, nichts zu essen Christen in extremer Not verkaufen ihre Kinder

„Sie haben keine Ahnung, wie viele Menschen momentan Hilfe benötigen. Christen machen 2% der pakistanischen Bevölkerung aus, und von diesen sind nur 35% gebildet oder zumindest sesshaft. Die restlichen 65% leben unterhalb der Armutsgrenze. Aufgrund des Lock-downs wurde die Mehrheit der Tagelöhner entlassen, denn sie werden niemals Vorrang vor muslimischen Arbeitern haben. Das nutzen muslimische Organisationen aus. Sie kaufen christliche Mädchen und konvertieren sie. Ja, sogar ganze Familien haben sich für Lebensmittel für einen Monat konvertieren lassen. Wir versuchen so viel wie möglich zu helfen, aber unsere Hilfe ist begrenzt.“



Kinder von Tagelöhnern erhalten Bildungschance

Rechtsanwältin Aneeqa M.

Anthony von der pakistanischen IGFM-Partnerorganisation „The Voice“ am 10. November 2020.

Das Schicksal des 14-jährigen katholischen Mädchens Arzoo Raja bewegt momentan die Vertreter der Kirchen in Pakistan. Arzoo Raja wurde angeblich entführt, zum Islam konvertiert und im September mit dem 44-jährigen Ali Azhar verheiratet. Das Oberste Gericht von Sindh hatte zunächst die Polizei angewiesen, das Mädchen zu befreien und in ein Frauenhaus zu bringen und ordnete schließlich gemäß des 2014 verabschiedeten Gesetzes zur Einschränkung von Kinderehen (Child Marriage Restraint Act) eine medizinische Altersfeststellung an. Der angebliche Ehemann wurde festgenommen. Aber warum wurde das Mädchen nicht sofort ihrer Familie übergeben, sondern in eines der Frauenhäuser, die laut Rechtsanwältin Aneeqa Maria Anthony überwiegend streng islamisch geführt werden?

Die Kirchen Pakistans haben dazu aufgerufen, zu Weihnachten über die gemeinsame Verantwortung zum Schutz der Töchter zu sprechen.

Weitere Empfehlungen sind u.a. die Ausarbeitung eines Gesetzes über Zwangskonvertierungen und die Einrichtung von Schutzheimen für Opfer von Zwangskonvertierungen von Minderheiten.

Blicken wir zurück: Vielleicht ist dem einen oder anderen Leser noch der Begriff „Apar Gar“ (Hoffnung) in Erinnerung. So wurden die Schutzhäuser genannt, die eine private christliche Hilfsorganisation für die christlichen Frauen und Mädchen

eingrichtet hatte, die von Muslimen entführt und zwangskonvertiert, sogar zwangsverheiratet wurden, aber ihren Peinigern entfliehen konnten. Zum ersten Mal berichteten wir in diesen „Mitteilungen an Freunde und Förderer“ im Mai 2002 darüber. Seit dieser Zeit haben wir Kontakt zu Aneeqa Maria Anthony und haben sie in ihren Bemühungen unterstützt, den betroffenen Frauen und Mädchen und ihren Familien beizustehen. Wir stellen fest: Die Kirchen wissen schon seit langer Zeit von den gewalttätigen Übergriffen, von dem Leid und der Not der Kinder und auch der Eltern, die auf ihr Eltern- und Sorgerecht vergeblich pochten, weil die Kinder nach der Zwangskonvertierung als Muslime galten. Dass die Kirchen jetzt die Einrichtung von Schutzheimen befürworten, ist überfällig, aber wann werden sie geschaffen?

„The Voice“ diskutiert nicht das Problem, sondern hilft. In diesem Jahr war es der Fall Arzoo Raja, im Juli 2019 berichtete die IGFM von der 13-jährigen Schülerin Sadaf Khan, die entführt, konvertiert und verheiratet wurde. In ihrem Falle beantragte Rechtsanwältin Anthony die Alters-

feststellung, doch das Gericht lehnte das ab, denn als Zeuge trat ein Richter auf, der dem Gericht eine Urkunde vorlegte, wonach Sadaf 19 Jahre alt sei. Rechtsanwältin Anthony hat die Entscheidung vor dem Obersten Gericht von Bawalpur angefochten, und bis zur Entscheidung des Gerichts bleibt das Mädchen in der Gewalt der Familie Khan, also des Entführers.

Besondere Sorge leistet „The Voice“ für die Familien der Betroffenen, weil auch sie Ziel radikaler Muslime sind, die sie zu töten drohen. Momentan hat „The Voice“ zwei Familien in Schutzhäusern untergebracht und kommt für deren Lebensunterhalt auf mit etwa 500 € im Monat pro Familie. Doch „The Voice“ tut auch etwas gegen den Teufelskreis Armut, fehlende Bildung, Armut in der nächsten Generation: Sie ermöglicht Kindern von Tagelöhnern den Schulbesuch, der oft schon an den Kosten für die obligatorische Uniform an öffentlichen Schulen scheitert. „Wir haben derzeit 80 Kinder, die wegen Corona in drei Gruppen zu 25 bis 30 Kindern und bei Einhaltung von Distanzregeln regelmäßig am Unterricht teilnehmen. Wenn wir die dazurechnen, die von ihren Eltern wegen Corona-Infektion derzeit nicht zur Schule geschickt werden, haben wir insgesamt 110 Schulkinder.“ Die Kosten für Grundschulkindern betragen 30 €, für die der höheren Klassen 40 € im Monat. Weihnachten ohne Hilfe? Wir können etwas dagegen tun.

**Kennwort für Ihre Spende:  
VOICE (53)**

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00  
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ  
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM wurden im Februar von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung.

## Lukaschenka setzt weiter auf Gewalt Exmatrikulierte Studenten brauchen Unterstützung

Der belarussische Potentat Alexander Lukaschenka geht weiter hart gegen Oppositionelle vor. Tag für Tag Demonstrationen und immer wieder Festnahmen und die gleichen Bilder: Viele Menschen wurden in Gefangentransportern gepresst. Wasserwerfer waren aufgeföhren. Schlägertrupps waren aktiv. Neben einem Dutzend Journalisten wurden zum Beispiel auch der Olympia-Zehnkämpfer Andrej Krautschanka und die Miss Belarus 2008 Olga Schinikowa festgenommen. Mobiles Internet war abgeschaltet, damit sich Demonstranten nicht verabreden konnten. In Minsk wurden Metrostationen gesperrt. Bereits früher wurden Blendgranaten und Gummigeschosse gegen Demonstranten eingesetzt. Militärfahrzeuge mit Maschinengewehren standen bereit. Der stellvertretende Innenminister hatte den Einsatz scharfer Waffen angedroht. Polizeitruppen richteten wiederholt Gewehre auf Demonstranten.



Belarussinnen und Belarussen demonstrieren auf dem Potsdamer Platz in Berlin Bild: Leh

Ein Mitglied der IGFM-Arbeitsgruppe an der Technischen Universität in Brest berichtete am 2. November: „Im Fernsehen wird nicht über die Proteste und Repressionen berichtet, aber die Demonstranten werden verunglimpft. Bereits im August wurde der Zugang zu mehr als 70 beliebten belarussischen Internetseiten gesperrt. Wir beziehen unsere Informationen jetzt aus den sozialen Netzwerken. Ich möchte Ihren Blick auf die Nöte der privaten Zeitungen lenken. Sie berichten über das, worüber die staatlichen Medien nicht schreiben. Wie zum Beispiel über die in Brest lebende Englisch- und Polnischlehrerin Marina, die seit über einem Monat inhaftiert ist, oder über eine Rentnerin, die misshandelt wurde. Sie erhielt zu nächst eine 15-tägige Haftstrafe nach

ihrem friedlichen Protest mit Blumen in der Hand, danach in einem zweiten Verfahren eine Geldstrafe und wurde, als sie das Gerichtsgebäude verließ, erneut verhaftet.

Für ihre Berichte über Protestmärsche in Brest wurden Reporter der Zeitung „Brestskaja Gaseta“ verhaftet und drei Tage eingesperrt. In einem Eilprozess danach erhielten sie weitere 15 Tage. Seit Ende August wurden bereits an rund einem Dutzend Universitäten unerwünschte Rektoren entfernt. Letzte Woche begannen auf

Befehl von Lukaschenka Repressionen gegen Künstler, Ärzte, Lehrer und Studenten. Hunderte Studenten im ganzen Land wurden aus politischen Gründen exmatrikuliert.“

Laut Verfassung wird Bildung kostenlos angeboten, doch wird eine Studiengebühr erhoben. Dafür verpflichten sich diejenigen, die sich davon haben befreien lassen, zur Rückzahlung nach dem Studium oder sie arbeiten zwei Jahre im erlernten Beruf beim Militär oder im Agrarwesen. Während des Studiums können Studenten je nach akademischer Leistung mit zusätzlichen Stipendien bis zu 35 € im Monat gefördert werden. Etwa 70% der Studenten studieren auf eigene Kosten, 30% haben Förderung in Anspruch genommen. Mit ihrer Zwangs-Exmatrikulierung wur-

den die Studenten aufgefordert, alle bisher angefallenen Aufwendungen zurückzuzahlen.

„Bitte informieren Sie Ihre Politiker in Deutschland und der EU, damit sie die jetzt aus politischen Gründen exmatrikulierten belarussischen Studenten an ihren Universitäten aufnehmen. Helfen Sie ihnen, damit sie ihr Studium beenden können“, so unser Mitglied in Brest. Der Deutsche Bundestag hat am 3. November einen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen zu Belarus verabschiedet (Drucksache 19/23943). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, Studienprogramme für Studenten und Wissenschaftler aus Belarus zu fördern sowie für zwangsmatrikulierte Studenten ein Sonderprogramm ins Leben zu rufen, damit sie ihr Studium in der EU fortsetzen können.

Wir möchten durch Vermittlung über unsere Arbeitsgruppe in Brest, die von Prof. Dr. jur. Iwan Kotljars geleitet wird, betroffenen Studenten in Brest helfen, dass sie die Zeit bis zur Verwirklichung der Programme aus eigener Kraft überstehen. Wir wollen damit ein Zeichen für konkrete Hilfe setzen, sie aber zunächst auf drei Monate begrenzen. Bei einem Durchschnittslohn von ca. 150 € bzw. einer Standardrente von ca. 100 € in Belarus halten wir einen Förderbetrag zum Lebensunterhalt von 80 € pro Monat für angemessen. Bitte unterstützen Sie dieses Vorhaben.

### Kennwort für Ihre Spende: Studentenhilfe (36)

#### Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33  
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de  
UstIDNr. DE 1142 35 684  
**Redaktion:** Karl Hafen, Michael Leh  
**Erscheinungsweise:** monatlich  
**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues  
**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach  
**Sektion Schweiz:**  
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann  
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus  
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

#### Vorankündigung:

Die 49. IGFM-Jahresversammlung findet am 13./14. März 2021 im Gustav-Stresemann-Institut (GSI) in Bonn statt. Ob als Präsenz- oder als Online-Veranstaltung werden wir rechtzeitig bekanntgeben.